

Liebe Mitstreiter und Mitstreiterinnen
gegen die Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Sprecher von Attac Aschaffenburg-Miltenberg und als Vorsitzender der GEW hier am bayerischen Untermain bin ich Mitglied im Aschaffener STOP TTIP Bündnis und eingeladen, hier über die möglichen Folgen der Freihandelsabkommen auf die Daseinsvorsorge und speziell auf den öffentlichen Bildungsbereich zu sprechen. Vor knapp einem Jahr hat die GEW im Rahmen der dezentralen europaweiten Aktionstage von Blockupy erstmals ein Flugblatt zu den Freihandelsabkommen TTIP und TiSA in der Aschaffener Fußgängerzone verteilt. Wir mussten den Passanten sehr viel erklären. Nur wenige konnten mit diesen Abkürzungen etwas anfangen. Wenn überhaupt, dann allenfalls als Comedy-mäßiger Aufreger über Chlorhühnchen. Ich stelle fest: das hat sich innerhalb der letzten 9 Monate gewaltig geändert. 1,7 Millionen Menschen haben inzwischen den Aufruf der europäischen Bürgerinitiative STOP TTIP unterschrieben. Sie wissen, hier geht es nicht mehr nur um irgendwelche Gummigeier. Es geht ums Ganze. Und dieser Mobilisierungs- und Aufklärungserfolg ist unser Baby, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Nur durch unsere unzähligen Aktivitäten in den Straßen, auf den Plätzen, in Veranstaltungen konnten dies gelingen. Nur durch unsere unermüdliche Aufklärung in alternativen Medien, in Flugschriften und Leserbriefen konnte der Druck erzeugt werden, der auch die Mainstream-Medien dazu bewegte, mit der einen oder anderen Dokumentation und Diskussions-Sendung etwas mehr Licht in das intransparente Dunkel dieser Verhandlungen zu bringen. Verhandlungen über Abkommen, die ich mit einem einzigen Eigenschaftswort charakterisieren möchte: menschenfeindlich.

Für den einen oder die andere mag diese Charakterisierung überraschend sein, für uns Attacies bei weitem nicht. Schließlich hat sich die globalisierungskritische Bewegung mit ihrem erfolgreichen Kampf gegen das multilaterale Abkommen über Investitionen MAI Ende der 90er in Seattle weltweit Bahn gebrochen. Und weil dieses Abkommen zum Schutz von Kapitalinvestitionen der transnationalen Ban-

ken und Konzerne am Widerstand einiger Schwellenländer und unserer Bewegung scheiterte, hat man im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO anschließend das Abkommen über den Freihandel mit Dienstleistungen - abgekürzt GATS - verstärkt ausbauen wollen. Den globalen Investitionsschutz wollte man hier durch die Hintertüre wieder einführen. Ziel des Abkommens damals schon: Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand zu entreißen und sie einem privaten Dienstleistungsmarkt zuzuführen, sprich, die Steuerzahler rund um den Globus ihrer Vorsorge- und Versorgungseinrichtungen zu berauben - ja berauben, das ist nämlich die korrekte Übersetzung des lateinischen Wortes „privare“. Es geht um Raub und Enteignung der Mehrheit der Menschen, die ihre Einrichtungen zur Daseinsvorsorge über Generationen mit ihren Steuern finanziert haben. In den 70er Jahren wurden die Erträge auf dem Produzierenden Sektor dem Kapital zu gering. Neue profitablere Anlagemöglichkeiten wurden gesucht und auf dem Dienstleistungssektor gefunden. Aber zu dumm, die Dienstleistungen waren zum größten Teil in öffentlicher Hand, unter so genannter demokratischer Kontrolle oder zumindest dessen, was davon übrig geblieben ist. Dieses Handelshemmnis in den Augen der Global Player galt es für die Investoren zu knacken. Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, das und nichts anderes ist der Kern der Freihandelsabkommen - spätestens seit Gründung der WTO. Und das ist der Grund, warum ich diese Freihandelsabkommen menschenfeindlich nenne. Sie dienen der Maximierung privater Profite, der Minimierung ihrer sonst so hoch gelobten Risikobereitschaft. Sie schaden langfristig den elementarsten Interessen der übergroßen Mehrheit der Menschen, die letztlich die Investitionsrisiken tragen sollen. Die multilateralen WTO/ GATS-Verhandlungen - schon damals hinter verschlossenen Türen - sind nicht zuletzt Dank des Widerstandes der globalisierungskritischen Bewegung, der internationalen Gewerkschaftsbünde und fortschrittlicher Parteien seit etwa 2005 festgefahren. Aber was zu erwarten war: Was multilateral nicht weiterging, wird seitdem bilateral versucht. Also in Verhandlungen zwischen einzelnen Partnern. Das NAFTA-Abkommen zwischen USA, Kanada und Mexiko war so eines. Wir kennen schon einige seiner negativen Auswirkungen. CE-

TA, das Abkommen zwischen EU und Kanada, ist gerade verhandelt - auch wenn uns Herr Gabriel da etwas anderes vorgaukeln will. Es ist allerdings noch nicht ratifiziert. Und nun sollen TTIP und TiSA kommen. Ich will keine Einzelheiten dieser Abkommen – soweit sie überhaupt bekannt sind - hier kritisch auszubreiten. Aber klar ist: All diese Abkommen stehen in einer Reihe mit den Freihandelsabkommen, gegen die wir schon viele Jahre gekämpft haben, auf einigen Gebieten auch sehr erfolgreich. So konnte durch den Widerstandsdruck erreicht werden, dass im GATS einige Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge herausgenommen wurden. Dazu gehört der Bereich, aus dem ich komme, der öffentliche Bildungsbereich. Und ich meine, hier wurde schon viel zu viel dem Markt der privaten Profitinteressen geöffnet. Z.B. auf dem gebiete der Erwachsenen- und Weiterbildung. Ergebnis: Höhere Gebühren, Beschneidung der Breite des Programmangebots, prekäre Arbeitsbedingungen. Auf dem Sektor der Hochschulbildung hat die Privatwirtschaft z. B. über die Bestimmungen zur Drittmitteleinwerbung, aber auch direkt in den Hochschulräten die Führung übernommen. Das wirkt sich nicht nur in der Breite und Tiefe der Grundlagenforschung aus, sondern auch im einseitigen Ausbau der Lehrangebote in den Fächern, die für die Wirtschaft interessant sind. Im KiTa-Bereich haben gerade die Förderlinien die betriebswirtschaftliche Umgestaltung weit vorangetrieben, wo sie ohnehin nicht schon privatwirtschaftlich organisiert war. Kindergartenplätze werden heutzutage gebucht. Und die Buchungskosten erreichen oft schon die Höhe dessen, was man im Niedriglohnsektor in der betreuten Zeit verdienen kann. Die Arbeitsplätze der ErzieherInnen werden immer unsicherer! Und auch im Schulbereich haben schon die ersten privaten Geschäftsmodelle Fuß gefasst. Wie im Bereich der Altersvorsorge, der Pflege, der Gesundheitsversorgung, der Wasserversorgung, im Post- und Bahnwesen soll auch hier das neoliberale Mantra gelten: MacPrivat ist einfach besser. Wir haben mit Post und Bahn da ja schon die eine oder andere Erfahrung gemacht. Und so manche Kommune hat auch die Müllabfuhr oder das Wasserwerk wieder zurück unter ihre Fittiche genommen. Das ist gut so. Sollte es aber nach den Strategen von TTIP und TiSA gehen, sollten diese Bereiche und möglichst die

komplette Daseinsvorsorge der Logik der Kapitalverwertung, also für den freien Markt geöffnet werden.

Ich sehe darin einen Generalangriff auf die Interessen der Mehrheit der Menschen. Einen solchen Generalangriff kann man nicht abwehren, in dem man Bedingungen formuliert, unter denen man ihm zustimmen könnte. Wer soll ihre Einhaltung denn kontrollieren? Wenn einmal zugestimmt wurde, ist der Zug abgefahren. Nein, da muss unser entschiedener Widerstand her! STOP TTIP, CETA, TiSA!

Der Charakter des Generalangriffs auf unsere Interessen wird gerne von der interessierten Gegenseite verschleiert, indem uns das Märchen erzählt wird, das so erzielbare Wachstum sei nun mal systemrelevant. Nur durch übergroße Profite sei unser Wohlstand garantiert. Je mehr die Gäule saufen, desto mehr hätten die Spatzen zu fressen. Liebe Leute, dieses Märchen, diesen Mist fressen wir schon lange nicht mehr. Die Fakten sprechen eine gänzlich andere Sprache: Das riesenhaft angestiegene Wachstum hat in den letzten Jahrzehnten nur dazu geführt, dass die Schere zwischen Arm und Reich in immer größerem Maße auseinander driftet. Und wenn das System der gesellschaftlichen Produktion bei privater Kapitalanhäufung gefährdet ist - ich muss gestehen, mir kommen dabei keine Tränen! Ich kann mir die Organisation eines Gemeinwesens auch anders vorstellen.

Auf jeden Fall müssen die Teile des Gemeinwesens, die noch nicht dem Profitdiktat unterliegen - meine ich - unbedingt verteidigt werden. Was würde es bedeuten, wenn unser öffentlicher Bildungsbereich - wie es so harmlos im Jargon der Freihandelsjünger heißt - für den freien Markt geöffnet würde? Es würde bedeuten, dass private ausländische Bildungsanbieter im orwellschen Neusprech nicht diskriminiert werden dürften. Ja, so stellen sie die Dinge auf den Kopf. Die armen privaten Investoren würden diskriminiert, wenn sie nicht die gleiche finanzielle Unterstützung bekommen wie die Bildungseinrichtungen eines Gemeinwesens. Nun müssen wir ohnehin seit mehreren Jahrzehnten gegen eine gewaltige Unterfinanzierung des öffentlichen Bildungsbereiches kämpfen. Die Investoren im gleichen Maß zu subventionieren wie die öffentlichen Bildungseinrichtungen aber wäre das Ende der öffentlichen Bildung schlechthin. Welches

Gemeinwesen könnte sich das leisten? Die generelle marktorientierte Umgestaltung wäre die Folge, was ja Ziel der Übung ist. Den ALDI-Hörsaal haben wir schon an der Fachhochschule in Schweinfurt, das Mac-Donalds-Bio-Buch oder das Allianz-Rechenwerk wäre das nächste, oder gar die Lehrerin mit der T-shirt-Aufschrift „powered by BMW“. Und was bei der Kapitalorientierung im Bildungsbereich heraus kommen kann, haben wir z. B. 2013 an einer Schweinfurter Wirtschaftsschule gesehen. Da ist ein ganzer Jahrgang einfach so mal durchs Abitur gefallen. Eine gute Vorbereitung war eben nicht profitabel. Da haben die Schülerinnen und Schüler halt Pech gehabt. Die letzten beißen eben die Hunde. Unsere Vorstellungen eines demokratischen Bildungssystems sehen allerdings anders aus.

Oder schauen wir auf die groß angelegten Geschäftsmodelle von Bildungs-Konzernen wie Phorms oder Pearson: wo die Rendite-Erwartung nicht eintrifft, zieht man sich einfach wieder zurück.

Unsere Kinder sind doch keine Profit-Versuchs-Karnickel! Und sie sind auch keine Kunden, die nur die Bildung bekommen, die sie bzw. ihre Eltern bezahlen können. Mit einem kontinuierlichen und verlässlichen Bildungsprozess, mit einer Garantie auf die Wahrnehmung eines Menschenrechts auf Bildung für alle hat das nichts zu tun.

NEIN! Die Daseinsvorsorge, die Vorsorge- und Versorgungseinrichtungen eines Gemeinwesens müssen von der öffentlichen Hand vorgehalten werden, sie gehören unter wirklich demokratische Verwaltung und Verantwortung und sie gehören generell steuerfinanziert.

Die Kapitalseite jammert, sie könne sich diese Steuern nicht mehr leisten. Ich sage, die Menschheit kann sich die überbordenden privaten Profite nicht mehr leisten, die der Freihandel noch steigern soll.

Deshalb heißt unsere Forderung dazu:

Öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, Wasser oder Energie sind keine Ware! Freier Zugang statt freiem Handel!

Weg mit den menschenfeindlichen Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA!